



Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Biberach - öffentlich -

am 29.11.2018

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 15 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Oberbürgermeister Norbert Zeidler

Mitglieder:

Stadträtin Lucia Authaler
Stadtrat Rainer Etzinger
Stadträtin Steffi Etzinger
Stadtrat Christoph Funk
Stadträtin Marlene Goeth
Stadträtin Manuela Hölz
Stadtrat Reinhold Hummler
Stadtrat Dr. Peter Schmid
Stadtrat Peter Schmogro
Stadtrat Johannes Walter
Stadtrat Dr. Manfred Wilhelm

Stellvertr. Mitglieder:

Stadtrat Werner-Lutz Keil
Stadtrat Bruno Mader
Stadtrat Dr. Heiko Rahm

Vertretung für Herrn Dr. Rudolf Metzger
Vertretung für Frau Monika Holl
Vertretung für Frau Gabriele Kübler

entschuldigt:

Stadträtin Monika Holl
Stadträtin Elisabeth Jeggle
Stadträtin Gabriele Kübler
Stadtrat Dr. Rudolf Metzger

Protokollführer:

Schriftführung Florian Achberger, Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 29.11.2018

Verwaltung:

Ortsvorsteher Helmuth Aßfalg, Stafflangen
Ortsvorsteher Walter Boscher, Ringschnait
Wilfried Erne, Hauptamt
Verena Fürgut, Persönliche Referentin des OB
Reiner Hansbauer, Bauverwaltungsamt
Anna Kleine-Beek, Ordnungsamt
Baubürgermeister Christian Kuhlmann
Margit Leonhardt, Kämmereiamt
Kulturdezernent Dr. Jörg Riedlbauer
Ortsvorsteher Alexander Wachter, Mettenberg
Robert Walz, Gebäudemanagement
Hospitalverwalter Roland Wersch
Wolfgang Winter, Bauverwaltungsamt

Gäste:

Stadtrat Ralph Heidenreich

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Vermietung von Büroräumen in der Karpfengasse 9 an den Kinderschutzbund - Freiwilligkeitsleistung zur Reduzierung des Mietpreises	2018/203
2.	Neue Bestattungsformen in den Teilortsfriedhöfen	2018/217
3.	Stationäre Geschwindigkeitsmessanlage Memminger Straße - Antrag der FDP-Fraktion vom 29.08.2018	2018/230
4.1.	Bekanntgabe eines nichtöffentlich gefassten Beschlusses des Hauptausschusses am 22.01.2018	2018/178
4.2.	Verschiedenes - Beginn der Sitzung des Hauptausschusses am 3. Dezember	

Die Mitglieder wurden am 22.11.2018 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Ratsinfosystem unter www.ris-biberach.de am 22.11.2018 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1. Vermietung von Büroräumen in der Karpfengasse 9 an den Kinderschutzbund 2018/203
- Freiwilligkeitsleistung zur Reduzierung des Mietpreises

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2018/203 zur Beschlussfassung vor.

StRin Authaler führt aus, dass sich der Standort in der Ehinger Straße für die Betreuungsangebote sehr gut eigne. Es sei ein toller Ort, der gut ins Gefüge mit der Pflugschule und der städtischen Kindertagesstätte passe. Gleichwohl sei es verständlich, dass auch eine Präsenz des Kinderschutzbundes in der Innenstadt wichtig ist. Das Gebäude Karpfengasse sei ihrer Ansicht nach ein richtiges Schmuckstück geworden und da der Kinderschutzbund bereits früher in dem Gebäude sein Büro hatte, stimme sie der Vorlage und der Mietreduzierung sehr gerne zu.

StR Keil möchte wissen, ob bereits weitere Einrichtungen als künftige Mieter feststehen.

Amtsleiter Walz erklärt, dass noch eine weitere Anfrage vorliege.

StRin Goeth teilt mit, dass die Vorlage einige Fragen aufgeworfen habe. Unter anderem möchte sie gerne wissen, wer genau in dem Gebäude arbeiten solle und ob dort auch eine Kinderbetreuung angeboten werde. Zudem würde sie interessieren, wer den zweiten Büroraum nutzen werde. Die Mietpreisgestaltung findet sie unverständlich und ihr sei nicht ganz klar, wie eine Miete von Null Euro erreicht werde. Falls ein drittes Büro vermietet werden sollte, könnte sie sich die Foodsharing-Initiative gut als Mieter vorstellen.

StR Wilhelm möchte wissen, ob nicht ein Zuschuss an den Kinderschutzbund losgelöst vom Mietpreis denkbar wäre.

Amtsleiter Walz erklärt, dass eine reine Büronutzung angedacht sei und dies auch nur halbtags. Betreuungsarbeit solle in dem Gebäude nicht geleistet werden. Der Kinderschutzbund bezahle bisher keine Miete und dies bleibe auch so. Lediglich die Nebenkosten müsse der Kinderschutzbund tragen. Er selbst wisse aber nicht, wie hoch diese ausfallen, aber der Kinderschutz, da dieser bereits früher in dem Gebäude untergebracht war. Für das dritte Büro liege bereits eine Anfrage vor, er selbst sei da offen. Die Toilettenanlage werde von den Mietparteien gemeinsam genutzt, dies sei dem Kinderschutzbund auch bekannt.

StRin Goeth gibt zu bedenken, dass die Stadt doch recht viel Geld ausgabe für eine lediglich teilweise Nutzung durch den Kinderschutzbund.

Amtsleiter Walz erklärt, dass diese Ausgaben durch die besondere Wichtigkeit der Innenstadtpräsenz gerechtfertigt seien.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss bei 2 Enthaltungen (StRin Goeth und StR Hummler) und restlichen Ja-Stimmen mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 29.11.2018

Die Miete des Kinderschutzbundes für zwei Büroräume in der Karpfengasse 9 wird um jährlich 3.882 € stets widerruflich reduziert.

TOP 2. Neue Bestattungsformen in den Teilortsfriedhöfen

2018/217

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügte Drucksache Nr. 2018/217 zur Beschlussfassung vor.

Amtsleiter Winter erläutert anhand der dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügten Präsentation die Pläne für neue Bestattungsformen in den Teilortsfriedhöfen.

StR Walter bringt seine Freude über die Pläne zum Ausdruck.

StR Keil meint, dass der Begriff "pflegefreie Grabstelle" eigentlich falsch sei, denn tatsächlich würden die Grabstellen natürlich gepflegt werden. Etwas besorgt sei er über die Gebührenentwicklung.

StR Dr. Wilhelm möchte wissen, ob die Kosten vergleichbar seien mit dem städtischen Friedhof. Für 30 Jahre erscheinen ihm die Gebühren eher günstig.

Amtsleiter Winter erklärt, dass es sich bei den in der Vorlage genannten Gebühren um vorläufige Zahlen handelt. Basis für die jeweilige Gebühr sei immer die Grabgröße.

Ohne weitere Aussprache fasst der Hauptausschuss einstimmig folgenden

Beschluss:

In den Teilortsfriedhöfen Ringschnait, Rißegg, Mettenberg und Stafflangen wird die neue pflegefreie Bestattungsform „Wiesenuarnengrab“ hergestellt. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Bestattungsform im Jahr 2019 umzusetzen.

TOP 3. Stationäre Geschwindigkeitsmessenanlage Memminger Straße - 2018/230
Antrag der FDP-Fraktion vom 29.08.2018

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2018/230 zur Beschlussfassung vor.

StR Funk kritisiert, dass die Öffentlichkeit nicht richtig über den ganzen Vorgang informiert worden sei und erklärt, wie es zur jetzigen Situation kommen konnte. Letztlich sei die Geschwindigkeitsmessenanlage ohne genehmigte Finanzmittel und gegen den Beschluss des Gremiums eingekauft worden. Nun möchte er wissen, weshalb die Blitzanlage zwischenzeitlich außer Betrieb genommen wurde.

OB Zeidler entgegnet, dass bei der Anschaffung der Messanlage haushaltsrechtlich alles korrekt gelaufen sei. Auch sachlich seien die Kontrollen gerechtfertigt, da an dieser Stelle viel zu schnell gefahren werde. Gleichwohl habe das Vorgehen nicht seinen persönlichen Vorstellungen von einem kollegialen Miteinander entsprochen, weshalb die Rüge des Gemeinderats an dieser Stelle auch in Ordnung sei. Aus einem ähnlichen Grund habe auch er selbst veranlasst, dass der Blitzer zwischenzeitlich wieder außer Betrieb genommen wurde. Seinem Verständnis von Bürgernähe nach hätte die Anlage zuerst aufgestellt und dann nach einiger Zeit scharfgestellt werden sollen. Die Verwaltung werde Konsequenzen aus dem Vorgang ziehen und künftig würden keine Blitzer mehr nachträglich genehmigt.

StR Walter erwidert, dass er sich mit dem Begriff "Bürgernähe" in diesem Zusammenhang etwas schwertue. Beschlüsse des Gemeinderats gelte es umzusetzen. Zudem möchte er zu bedenken geben, dass nun in zwei Richtungen geblitzt werden könne, womit sich die Anzahl der Blitzer somit verdoppelt habe. Rechtlich sei der Vorgang nicht in Ordnung und Rennen habe er an dieser Stelle auch noch nicht erlebt. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag der FDP zustimmen mit der Ergänzung, dass wenn es sich tatsächlich um eine gefährliche Stelle handele, der Blitzer in Ordnung gehe. Allerdings müsse die Gefährlichkeit zunächst einmal nachgewiesen werden.

StR Dr. Rahm stellt klar, dass es bei der Geschwindigkeitsmessenanlage nicht um eine Abzocke der Bürger gehe, sondern um die Einhaltung von Verkehrsregeln. Der Antrag der FDP-Fraktion sei seiner Ansicht nach dem Wahlkampf geschuldet. Wenn der Blitzer genehmigt sei, dann sollte er seiner Meinung nach auch scharfgestellt werden.

StRin Etzinger findet, dass der Blitzer zu weit vorne stehe. Die Rennen würden dann einfach kurz nach dem Blitzer ausgetragen. Im Übrigen sei ein Blitzer an dieser Stelle immer wieder im Gespräch gewesen.

StRin Hölz ergänzt, dass allein in vier Tagen über 1000 Geschwindigkeitsüberschreitungen registriert worden seien.

StRin Goeth erkundigt sich, ob es an dieser Stelle vermehrt Unfälle gebe.

Amtsleiterin Kleine-Beek erklärt, dass die Blitzanlage dafür Sorge, dass Autofahrer ihre Geschwindigkeit reduzieren. Aus diesem Grund seien dann an der Kreuzung selbst weniger Unfälle zu verzeichnen. Im Übrigen seien zwei Kameras nötig um in zwei Richtungen zu blitzen.

Öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 29.11.2018

StR Funk möchte wissen, weshalb die Ampel an der Kreuzung nicht dauerhaft eingeschaltet sei. Im Übrigen habe er eine Heilung des Vorgangs herbeiführen wollen, mit Wahlkampf habe sein Ansinnen überhaupt nichts zu tun.

Amtsleiterin Kleine-Beek teilt mit, nicht genau zu wissen, weshalb die Ampel ausgeschaltet wird. Der Beginn der Ampelschaltung sei auf jeden Fall an den Busverkehr gekoppelt.

StR Walter meint, dass die Unfälle in diesem Bereich gesondert aufbereitet werden sollten, womit sich OB Zeidler einverstanden erklärt.

Anschließend stellt OB Zeidler zunächst den Antrag der FDP-Fraktion zur Abstimmung.

Dieser Antrag wird bei 6 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Sodann erfolgt die Abstimmung über den Verwaltungsantrag. Dieser Antrag wird bei 7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Damit fasst der Hauptausschuss mehrheitlich folgenden

Beschluss:

Der Hauptausschuss stimmt der Beschaffung der insgesamt siebten stationären Geschwindigkeitsmessanlage und deren Aufstellung auf dem Mittelstreifen der Memminger Straße auf Höhe des alten evangelischen Friedhofes (nachträglich) zu.

TOP 4.1. Bekanntgabe eines nichtöffentlich gefassten Beschlusses des Hauptausschusses am 22.01.2018 2018/178

Dem Hauptausschuss liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 2018/178 zur Kenntnisnahme vor.

Damit hat der Hauptausschuss Kenntnis genommen.

TOP 4.2. Verschiedenes

- Beginn der Sitzung des Hauptausschusses am 3. Dezember

StR Walter bittet darum, den Beginn der Sitzung am 3. Dezember bei 16 Uhr zu belassen.

OB Zeidler entgegnet, dass es hierzu innerhalb des Gremiums unterschiedliche Meinungen gebe.

StR Mader schließt sich der Meinung von StR Walter an. Entweder sollte die Sitzung um 16 Uhr beginnen oder es müsse entsprechend mehr Zeit eingeplant werden.

OB Zeidler schlägt vor, den nichtöffentlichen Teil vorzuziehen und damit bereits um 16 Uhr zu beginnen. Der öffentliche Teil werde dann auf 17 Uhr gelegt. Die Punkte des nichtöffentlichen Teils, welche man nicht innerhalb einer Stunde abhandeln konnte, würden dann im Anschluss an die öffentliche Sitzung aufgerufen. Er werde die Mitglieder des Gemeinderats morgen per Email über den Sitzungsbeginn informieren.

Hauptausschuss, 29.11.2018, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	Oberbürgermeister Zeidler
Stadtrat:	Keil
Stadträtin:	Goeth
Schriftführer:	Achberger
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Kuhlmann